

45.01. - 45.02.



gestern die Anklage gegen O'Brien erhoben habe, beantragt aber die abgesonderte Verhandlung über die heutige Sache.

Der Verteidiger erklärt, dass es sich nicht allein um diesen Antrag handelt, sondern dass auch noch ein Beweisantrag zu stellen sei, da bei den beiden Unterredungen die der Angeklagte mit van Royen gehabt habe, dr. Katscher und Ing. Schnepitschka anwesend gewesen seien und es daher unbedingt notwendig sei diese beiden Zeugen zu vernehmen. Da dieselben jedoch nicht anwesend seien, so sei es notwendig die Verhandlung zu vertagen, resp. die beiden Fakten zu vereinigen.

Der Vorsitzende wiederholt und beleuchtet die beiden Anträge und nachdem der Staatsanwalt sich ebenfalls, für den Fall als die beiden Zeugen wirkliche Tatzeugen waren, für deren Vernehmung ausspricht, ^{dhm/Vors.} erscheint es als notwendig vorerst die Zeugen darüber zu vernehmen, ob und wie lange sie während der Sommermonate von Wien abwesend sind.

Die Zeugen werden aufgerufen und ~~vavöv~~ erklären mit Ausnahme des Zeugen Jaksch, der angibt vom 15. August - 8 September abwesend und wahrscheinlich im Auslande zu sein, dass sie den Sommer in Wien verbringen. und erreichbar sind.

Der Vorsitzende richtet nach Abtreten der Zeugen an den Angeklagten die Frage bezüglich der Tatzeugsenschaft der beiden Zeugen Dr. Katscher und Dag Schnepitschka, mit Bezug auf Van Royen und den nächtlichen Besuch den der Angeklagte auf 19 der Zeuge van Royen auf 11 Uhr nachts verlege.

Der Angeklagte gibt an dass es zwei Besuche in den Abendstunden waren. Auf die Bemerkung des Vorsitzenden dass es Anfangs Oktober gewesen verbessert er, dass es Ende September und Anfangs Oktober gewesen sei, unmittelbar vor dem Zusammenbrüche der Bank.

Auf die Frage des Vorsitzenden ob er niemals mit dem Zeugen van Royen unter vier Augen gesprochen habe erklärt der

Angeklagte dass bei der ersten Unterredung, die ungefähr zwei Minuten gedauert habe, Herr Dr. Katscher beigewohnt habe, während bei der zweiten die ungefähr 4 Minuten währte, Ing. Schnepptschka anwesend war, und erläutert die Situation auf die Frage des Richters ob die Zeugen immer und das ganze Gespräch anwesend waren das ~~war~~ so gewesen sei wie wenn der Zeuge am Tisch sitzt und er daneben gestanden sei, es war bei diesem Gespräch immer wer dabei. Der Vorsitzende hält nun dem Angeklagten die Sonderbarkeit, das Auffällige der Tatsache vor, dass er im ganzen Verlaufe der Untersuchung niemals diese wichtige Tatsache erwähnt habe, dass dies erst heute bei der Verhandlung zur Sprache komme.

Der Angeklagte erklärt dass er während der Untersuchung so konsterniert gewesen sei und ~~dies~~ daher dies übersehen habe.

Der Vorsitzende lässt den Zeugen van Royen hereinrufen und stellt an ihn die Frage, ob während des Gespräches mit O'Brien wie dieser behaupte beim ersten Gespräch Dr. Katscher, beim zweiten Schnepptschka anwesend gewesen sein.

Zeuge van Royen erklärt, dass er sich wie bereits gesagt an das erste Gespräch nicht mehr so erinnern könne, und Dr. Katscher allerdings oft bei Unterredungen anwesend gewesen sei, bezügl. des Ing. Schnepptschka beim zweiten Gespräch sei es möglich gewesen dass er in der Wohnung gewesen sei.

Darauf bricht der Vorsitende die Vernehmung und Verhandlung ab und zieht sich mit den Schöffen zur Beschlussfassung zurück.

Nach ungefähr einer Viertelstunde erscheint der Vorsitzende mit den Schöffen und verkündet den

B e s c h l u s s

~~an~~ dem Antrage der Staatsabwaltschaft auf abgesonderte Behandlung der heutigen Angelegenheit keine Folge zu geben und die Verhandlung zwecks Vereinigung der anhängigen Sache mit dem neuen Faktum zu vertagen und die Angelegenheit dem Untersuchungsrichter neuerlich zu überweisen, da durch die Tatsache dasx die Untersuchungschaft

über den Angeklagten auch wegen der neuen Angelegenheit ver-
hängt ist, demselben durch eine Vertagung daher kein Nachteil
~~erwachsen~~ erwachse, die Vereinigung der beiden Strafsachen als die
zweckmässigste Maassregel erscheine.

Die zeugen sind entlassen .

Der Angeklagte abgeführt.

Die Verhandlung ist geschlossen.



In Wien:

10 Groschen

Postsparkassentonto 131.363
Prager Postsparkassentonto
79.346.

Fernsprecher: 2325 Serie.

Leitung und Verlag: Wien,
IX, 3, Universitätsstraße 6-8

Der Abend

„Wo es Stärkere gibt, immer auf Seite der Schwächeren.“

Außerhalb Wiens:

11 Groschen

Preiserhöhung vorbehalten.

Ausland

Monatlich 4 Schweizer Franken
oder deren Kurswert.

Trafficbezug:

monatlich 5 2,60

Postverband:

monatlich 5 3-

Nr. 144

Wien, Freitag, 25. Juni 1926

12. Jahrgang

Wie bei uns gewirtschaftet wird.

Zwei Fälle: Unternehmer und Landwirte bleiben 250 Millionen Schilling Steuern schuldig. Das weggeschwommene Holz von Reichraming.

Oesterreich ist bekanntlich der Bettler unter den Staaten Europas. Es schenkt uns zwar niemand etwas, im Gegenteil, unsere „Wohltäter“ machen an uns recht gute Geschäfte. Aber das hindert sie nicht, uns wie Bettler zu behandeln. Und das Traurigste und Empörendste dabei ist, daß wir diesen entwürdigenden Zustand auf uns genommen haben, ohne daß wir es nötig haben.

Wie der Bettler im Kolportageroman hat nämlich auch unser Staat sozusagen seine heimlich verborgenen Strümpfe, in denen er zur Heberlohung aller viel Geld, sogar sehr viel Geld, versteckt hat.

Erst vor kurzem hat der „Abend“ die Öffentlichkeit auf die überraschende Tatsache hingewiesen, daß der Bund am 31. Dezember v. J. nicht weniger als 483,7 Millionen Schilling in seinen Kassen als Reserven liegen hatte.

Der Herr Finanzminister hat es damals zu leugnen versucht. Er hat aber alles zugeben müssen, nur daß er sich damit entschuldigen konnte, daß von diesem Geld 372,4 Millionen nicht zu seiner Verfügung stehen. Unter anderem sind in dieser Summe auch jene berüchtigten Kreditreste von 130 Millionen Schilling enthalten, die wir wohl mit fast 10. v. H. jährlich verlieren müssen, die man uns aber trotzdem nicht gibt.

Nun hören wir von sehr verlässlicher Quelle wieder etwas, was eigentlich noch mehr überraschen muß.

Die Rückstände an direkten Steuern betragen gegenwärtig mehr als 250 Millionen Schilling.

Nun wollen wir uns einmal klar machen, was das bedeutet, daß der Rückstand an direkten Steuern so hoch ist.

Zunächst wäre einmal zu sagen, daß dieser Steuer-rückstand nicht mehr und nicht weniger als die Hälfte jenes Völkerbundkredits darstellt, für den Herr Dr. Seipel vor vier Jahren unsere staatliche Freiheit verkaufte.

Als der Sanierungsplan Dr. Seipels bekannt wurde, hat der „Abend“ von allem Anfang gesagt, es sei nicht notwendig, daß wir für den Sanierungskredit die Sklavendienste der Kontrolle auf uns nehmen. Wir haben damals gesagt, daß wir, wenn wir nur den Mut dazu haben, aus eigenem ebensoviel, wenn nicht mehr aufbringen können. Und dabei waren wir damals noch reicher als heute. Noch war damals unsere Wirtschaft nicht von den Folgen des Börsenkrachs und der verbrecherischen Francipekulation verheert worden. Seit damals haben wir ferner zwei Jahre Wirtschaftskrise hinter uns.

Nun konnte der Staat trotz all dieser Schläge vom Völkerbundkredit 130 Millionen Schilling erübrigen, seinen Steuerträgern 250 Millionen Schilling stunden, also insgesamt auf 380 Millionen Schilling verzichten. Wer zweifelt, daß es 1922 möglich gewesen wäre, von den Banken und der Großindustrie, die damals eine Hochkonjunktur hatten, wie noch nie, die fehlenden 120 Millionen Schilling aufzubringen? Freilich hätte die christlichsoziale Regierung in der Folgezeit auch den Mut haben müssen, die Steuern auch wirklich einzutreiben.

Wer hat keine Steuern gezahlt?

Die zweite Frage, mit der wir uns befassen müssen, ist: Wer ist diese Steuern schuldig geblieben? Da muß zunächst gesagt werden:

Arbeiter und Angestellte sind dem Staat keinen Groschen von diesen 250 Millionen Schilling schuldig geblieben.

Arbeitern und Angestellten werden nämlich ihre direkten Steuern sofort vom Lohn abgezogen, sie haben gar nicht die Möglichkeit, Steuern schuldig zu bleiben. Die Schuldung dieser Reisesumme ist also ausschließlich den Unternehmern zuzugute gekommen und den Landwirten.

Auch eine Folge des Abbaues.

Sicher hat sehr viel dazu, daß die Steuerrückstände so riesig angewachsen, der Umstand beigetragen, daß die Steuerbehörden infolge des wahnsinnigen Abbaues zu wenig Leute hatten. Ein großer Teil dieser 250 Millionen wäre vielleicht in die Kassen des Staates geflossen, wenn sie rechtzeitig vorgeschrieben und eingehoben worden wären.

So zeigt sich wieder der Widerspruch des Abbaues. Was auf der einen Seite durch den Abbau an Beamtengehältern erspart wurde, ging auf der anderen Seite an nichtbezahlten Steuern dem Staate verloren.

Um zu ersehen, was ein Rückstand von 250 Millionen Schilling an direkten Steuern bedeutet, sei nur auf eine Ziffer verwiesen.

Im Staatsvoranschlag für 1926 ist der Ertrag sämtlicher direkten Steuern mit 213 Millionen Schilling angenommen.

Also auf beträchtlich mehr als auf die Steuerleistung eines ganzen Jahres konnte dieser Bettelstaat verzichten! Jetzt werden es vielleicht die Beamten verstehen, warum kein Geld für sie da ist, jetzt werden es vielleicht die Arbeitslosen begreifen, daß ihre Unterstüßungen gekürzt oder gestrichen werden mußten. Die Familie Windberger, deren trauriges Schicksal wir gestern an dieser Stelle schilderten, wird jetzt vielleicht den Grund wissen, warum Vater, Mutter und Sohn trotz ihrer Arbeitslosigkeit keine Unterstützung bekommen. Für sie ist eben bei dieser Wirtschaft kein Geld da.

Die Sparmut der Regierung verursacht einen Milliarden Schaden.

Aus Steyr wird uns mitgeteilt: Im Zuge der verhängnisvollen Seipel-Sanierung ist seitens des Land- und Forstwirtschaftsministeriums ein Erlaß herausgegeben worden, demzufolge die Leistung „unproduktiver Arbeiten“ mit der Strafe der Entlassung der verantwortlichen Bundesforstverwalter bedroht wurde. Als solche „unproduktive Arbeit“ wurde auch die Wegräumung des Schotters aus dem Rechenhofe des Ramingbaches angesehen und so sammelte sich seit zwei Jahren eine Menge Schotter an, die bei dem wolkenbruchartigen Regen, der am 22. und 23. Juni über die Steyrisch-Laufagegend niederging, dem anfließenden Holze den Weg verperrte. Die Wassermassen und das Holz bahnten sich den Weg durch und über den Rechen und vernichteten ihn.

Die dadurch verlorengegangene Holzmenge macht etwa 250 Waggons aus.

Das ist aber nicht der einzige Schaden, sogar der geringste. Viel schlimmer sind die Schäden an den Uferschuttbauten, Brücken und Wehranlagen an der Enns. Gendarmerie und Abteilungen des Bundesheeres mußten aufgebieten werden, um die Brücken zu schützen. Das kostet nun alles ein Vielfaches der Instandhaltung des Rechenhofes, ganz abgesehen davon, daß nun eine ganz neue Rechenanlage geschaffen werden muß. Es wird den Staat Milliarden kosten, um den früheren Zustand wieder herzustellen, selbst wenn die Gemeinden im Ennsgebiet, die ebenfalls schwer getroffen sind, nicht ganz entschädigt werden. So schaut es aus, wenn an falscher Stelle in blinder Wut gespart wird.

„Arbeitervertreter“ nach dem Geschmack der Unternehmer.

Längst war es ein offenes Geheimnis, daß die christlichsozialen, deutschnationalen und nationalsozialistischen sogenannten „Arbeitervertreter“ nichts anderes sind als Soldlinge der Unternehmer, daß sie von Unternehmern gelohnt leben und nur den Zweck haben, die Arbeiter durch Spaltungen zu schwächen und Unternehmernwünschen gefügig zu machen. Wenn diese Tatsache noch eines Beweises bedürfte hätte, dann ist er jetzt erbracht worden.

Der Hauptverband der Industrie Oesterreichs hat anlässlich der Wahlen in die Arbeiterkammer die Unternehmer des Bezirkes St. Pölten offen in den Dienst der Wahlpropaganda für die Deutschvölkischen gestellt.

Uns liegt folgendes Schreiben vor:

„Reg. Nr. 21/2/S. St. Pölten, 21. Juni 1926.
Geehrte Firma!“

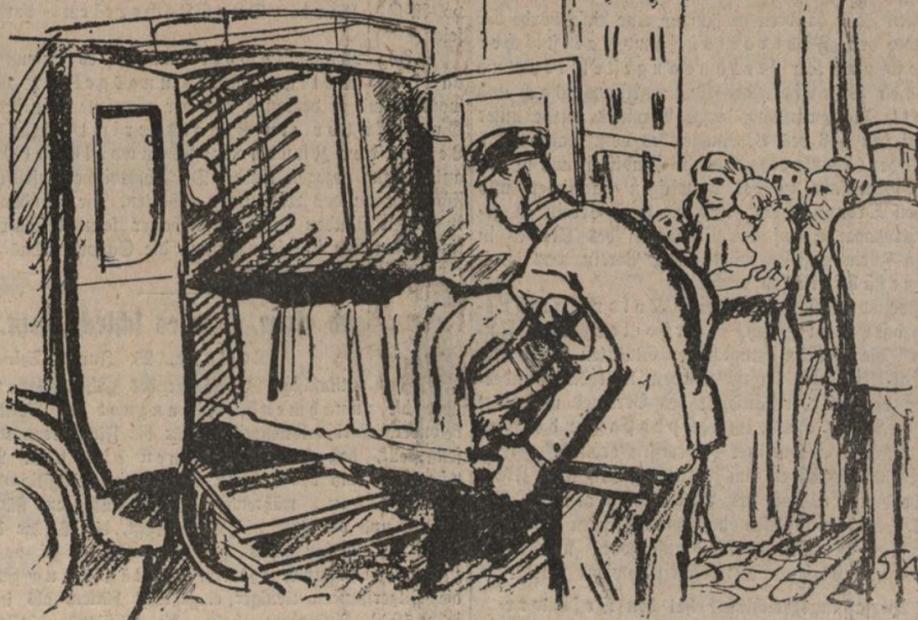
Sehr wichtig!

Wir bitten Sie, die beiliegenden Stimmzettel in geeigneter Form unverzüglich zur Verteilung zu bringen.

Hauptverband der Industrie Oesterreichs,
Sektion St. Pölten.
(Unterschrift)“

Dem Schreiben lagen Stimmzettel für die Listen der Deutschvölkischen bei.

Ein zweckmäßiger Weg zum Abbau der Arbeitslosenfürsorge. Den Regierungsparteien und ihren Auftraggebern vom Schwarzenbergplatz empfohlen.



Wenn sich noch viele Arbeiter umbringen, wird sich die Kauferei wegen der Arbeitslosenfürsorge bald von selbst aufhören.



Ein neues Verbrechen der Anglobant.

Sie schächert um die Abfertigungen.

Wir haben vor einigen Tagen berichtet, wie die Londoner Herren der Anglobant unter Mithilfe der Kreditanstalt die Beamten der Anglobant im Gegensatz zu den Verwaltungsräten und Direktoren behandeln. Während den Verwaltungsräten und Direktoren auch jetzt noch Riesenerlöse an Abfertigungen und Pensionen zugeschanzt werden, und viele von ihnen überdies in die Kreditanstalt übernommen werden dürfen, werden von den esshundert Angestellten nur etwa vierhundert übernommen und da ist die Kreditanstalt bemüht, sich nur jene herauszusuchen, die ihnen durch Vermögen oder Namen passen.

Die Anglobant geht nun daran, ein neues Verbrechen an ihren Angestellten zu begehen. Sie hat mit ihren Angestellten vor einiger Zeit ein mündliches Übereinkommen über die Höhe der auszuzahlenden Abfertigungen getroffen.

Möglichst ist der Londoner Vertreter der Anglobant, der Direktor M. P. Freund, bemüht, durch Einzelverhandlungen mit den Beamten die Höhe der vereinbarten Abfertigungen herabzudrücken.

Dieser Bruch der mündlichen Vereinbarung hat ungeheure Empörung unter der Beamtenschaft hervorgerufen, die auf der Einhaltung des Vertrags besteht.

Dieses Vorgehen der Direktion ist umso niederträchtiger, als zum Beispiel ein Direktor als Abfertigung 50.000 Schilling und weit darüber und 1100 Schilling monatliche Pension auf Lebensdauer erhält. Bei den zwölf Direktoren, die es in der Anglobant gibt, wird also, wie man sieht, nicht gespart. Ebensovienig bei den Generalräten.

Dabei wird von den Beamten die Durchführung der Liquidationsarbeiten bis zum 28. Juli gefordert und die Beamtenschaft, pflichtbewußt wie sie immer war, arbeitet jetzt bis spät in die Nacht hinein. Es ist fraglich, ob sie das auch fürderhin bei solcher Behandlung von seiten der Leitung tun wird.

Heute, um 11 Uhr vormittags, fand in der Anglobant unter Zuziehung eines Gewerkschaftsvertreters eine Sitzung der Anglobantleitung statt, die gegen den schärfsten Einspruch der Personalvertretung den Abbau der Beamtenschaft beschloß. Auf Grund dieses Beschlusses wird der Beamtenschaft jetzt gekündigt.

Heute soll Dr. Rintelen Minister werden.

Heute mittag um halb 1 Uhr trat der Hauptauschuß zu einer Sitzung unter dem Vorsitz des Präsidenten Miklas zusammen. Dr. Rintelen soll dabei zum Unterrichtsminister vorgeschlagen werden. Nach 1 Uhr wird eine Vollsitzung des Nationalrates beginnen, in der die Wahl Dr. Rintelens vorgenommen werden soll.

Dr. Rintelen ist zu der heutigen Hausführung nicht erschienen. Er hat Wien gestern abend verlassen und sich nach Graz begeben, wo heute die Entscheidung über seinen Nachfolger als Landeshauptmann von Steiermark getroffen werden soll. Noch immer behauptet sich das Gerücht, daß Abg. Dr. Gürtler sich bereit erklärt habe, den „Statthalter“ für Rintelen in Graz zu spielen.

Der Abgeordnetenkreis der Sozialdemokraten hält zur Stunde eine vertrauliche Sitzung ab.

Endlich ein Mißerfolg der Arbeiterfeindschaft der Regierung.

Der Verfassungsgerichtshof unter Vorsitz des Präsidenten Vitorelli hat heute vormittag sein Urteil über die Beschwerde zweier durch das Bundeskanzleramt verbotener Vereine veröffentlicht. Der „Abend“ hat über diesen Streitfall bereits berichtet.

Im ersten Falle handelte es sich um eine Beschwerde der beiden Gründer der „Föderation syndikalistischer Hotel-, Gast- und Kaffeehausangestellter und verwandter Berufe“, der Kellner Alfons Bach und Franz Mattl. Die Gründung dieses Vereines wurde unter Berufung auf den § 6 des Vereinsgesetzes vom Jahre 1867 verboten, weil der Gedanke des „Anarcho-Syndikalismus“ in unpersonlichem Gegensatz zu der derzeitigen staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung stehe“ und die vom Verein zu gewärtigende Propaganda auf den Untergang des Staates in seiner jetzigen Form abzielen würde. Der Verein war somit als staatsgefährlich verboten.

Im zweiten Falle war dem „Kolonisationsverband österreichischer Arbeiter und Angestellter“ die Genehmigung seiner Statuten unter Berufung auf dasselbe Gesetz verweigert worden, weil das Bundeskanzleramt in der mit der Tätigkeit des Vereines unbedingt verbundenen „Auswanderungspropaganda“ eine Gefährdung wichtiger allgemeiner Interessen erblickte.

Der Beschwerdeführer im ersten Fall, Dr. Franz Kobler, wendete ein, daß das Vereinsgesetz vom 15. November 1867 durch ein Gesetz der provisorischen Nationalversammlung vom 30. Oktober 1918 aufgehoben und damit volle Vereins- und Versammlungsfreiheit gewährt wurde.

Der Verfassungsgerichtshof hat den Beschwerden in beiden Fällen stattgegeben, das Verbot der Vereine aufgehoben und das Bundeskanzleramt zur Tragung der Kosten verurteilt.

Im Falle des Vereines „Föderation syndikalistischer Hotel-, Gast- und Kaffeehausangestellter“ hat der Verfassungsgerichtshof erklärt, das Verbot eines Vereines nach § 6 des Vereinsgesetzes vom Jahre 1867 (der Verfassungsgerichtshof hat damit ausgesprochen, daß er die Wirksamkeit dieses Gesetzes auch heute noch anerkennt) durfte nur erfolgen, wenn der Verein gesetz- und rechtswidrige, sowie staatsgefährliche Ziele verfolgte. Die Staatsgefährlichkeit, Gesetz- oder Rechtswidrigkeit konnte aber auf Grund der Statuten nicht begründet werden.

Bezüglich des Kolonisationsverbandes hat der Verfassungsgerichtshof entschieden, daß das Verbot ungesetzlich sei, weil keinerlei Gründe für die Staatsgefährlichkeit bei diesem Verein gegeben seien.

Ein doppelter Justizmord in den Vereinigten Staaten.

In South Braintree (im Staate Massachusetts, Vereinigte Staaten) wurden am 15. April 1920 der Kassier einer Schuhfabrik und sein Begleiter ermordet. Das ist der Ausgangspunkt des schändlichsten Justizverbrechens, dessen sich die „freieste“ Republik der Welt, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, schuldig gemacht hat. Niemand weiß, wer dieses Verbrechen begangen hat, aber jeder weiß, daß die zwei Arbeiterführer italienischer Nationalität Sacco und Banzetti, die dort den Jörn der Industriebarone von Massachusetts heraufbeschworen haben, mit dieser Tat nichts zu tun haben. Aber die amerikanische Geheimpolizei, deren himmelstreichende Verbrechen wir aus den Urkunden des Buches von Upton Sinclair „Hundert Prozent“ kennen, hat in ihrem Verhör dritten Grades mit ihren mittelalterlichen Foltern an Gefangenen und Verdächtigten Zeugen gefunden, die Sacco und Banzetti des Raubmordes beschuldigen. Die grausamen Folterungen der amerikanischen Polizei haben sogar den mexikanischen Arbeiter Salcedo getötet.

Obwohl Zeugen ausfagen, daß sich Sacco in der Stunde des Verbrechens in Boston und Banzetti in Plymouth befanden, wurden die beiden revolutionären Arbeiterführer zum Tode verurteilt. Es ist unsäglich und geradezu ungläublich, daß nicht etwa bei den Wilden, sondern in dem zivilisierten Land der Welt ein solches abscheuliches Verbrechen von der staatlichen Gerechtigkeit begangen werden kann. Das Todesurteil hat in der ganzen sozialistischen Welt furchtbare Empörung hervorgerufen.

Das Urteil ist vor längerer Zeit gesprochen worden. Die zur Hinrichtung auf dem elektrischen Stuhl verurteilten Märtyrer haben Einspruch erhoben. Aber dieser Tage hat das Appellationsgericht von Massachusetts die Berufung der beiden Angeklagten verworfen. Als den beiden Unschuldigen, die seit sechs Jahren im Kerker sitzen, der Beschluß des Appellationsgerichtes verkündet wurde, erklärten sie: „Wir werden den Nichtplatz mit festen Schritten und erhobenem Haupt betreten“ und Banzetti schrieb einem seiner Freunde: „Sicher, daß für uns alles beendet ist. Sei nicht traurig und setze deine Befreiungsarbeit fort.“

Die internationale Arbeiterschaft darf nicht dulden, daß dieser Mord ausgeführt wird. Nicola Sacco und Bartolomeo Banzetti müssen gerettet werden.

Wie der schwedische Zündholztruff arbeitet.

Warschau, 25. Juni. (Wolff.)

Der Budgetauschuß des Sejm nahm gestern trotz lebhafter Kritik einen Gesetzentwurf an, wodurch die Regierung ermächtigt wird, eine 6-Millionen-Dollar-Anleihe mit der Zündholz-Monopol-Aktiengesellschaft abzuschließen.

Der Berichterstatter Abg. Byrka verlas einen Brief der Obersten Rechnungskammer, worin festgestellt wird, daß bei dem Abschluß des Abkommens mit der Zündholz-Monopol-A.-G. starke Durchstechereien vorgekommen seien.

Abg. Wyrzylowski erklärte, es seien einige tausend Dollar Bestechungsgelder verausgabt worden und er verlange, daß der gewesene Ministerpräsident Grabski vor ein Staatsgericht gestellt und der Leiter der Zündholz-Monopol-A.-G. zur Verantwortung gezogen werde. Die schwedische Gesellschaft habe sich nicht an das Abkommen gehalten. Die Zündholzfabriken in Polen ständen still, die Arbeiter seien beschäftigungslos und inzwischen überschwebten die Schweden das Land mit ihren Zündholzfabrikaten.

Nach einer, dem es schlecht geht.

Mailand, 25. Juni. (Tel.-Comp.)

Der vatikanische Mitarbeiter des „Ambrosiano“ berichtet über die zunehmende Finanznot des Vatikans. Die besondere Kardinalskommission für die Finanzverwaltung habe festgestellt, daß die Einnahmen aus dem Peterspfennig und den anderen Quellen in beständigster Weise zurückgehen, während sich die Ausgaben ständig vermehren und die Notwendigkeit vorliegt, die Bezüge der Geistlichen zu erhöhen. Das heilige Jahr sei vom finanziellen Gesichtspunkte aus eine Enttäuschung gewesen, da die Pilgerspenden weniger eingebracht hätten, als im Jubeljahr 1900. Außerdem habe die Missionsausstellung dem Vatikan einen Verlust von mehreren Millionen verursacht. Trotzdem habe der Vatikan große Verpflichtungen für Neubauten usw. auf sich genommen.

Ungarische Rechtspflege.

Budapest. (Fernsprechdienst des „Abend“.)

Wie bekannt, befinden sich die Führer der unabhängigen Arbeiterpartei (der Bagyi-Gruppe) und Bagyi selbst seit vielen Wochen in Haft. Vor einiger Zeit begannen sie einen Hungerstreik. Gestern verhaftete nun die Polizei den stellvertretenden Vorsitzenden der Reichsparteileitung namens Stephan Guber auf Grund eines Haftbefehles eines Provinggerichtes aus dem Jahre 1920. Ueber sechs Jahre lang fiel es der Polizei nicht ein, diesen Haftbefehl auszuführen, jetzt aber, da Guber zum stellvertretenden Vorsitzenden der Bagypartei gewählt wurde, wurde er verhaftet.

Das Einreiseverbot für die russischen Jungarbeiter.

Das Komitee der Arbeitenden Jugend Oesterreichs, der Parteiloze, Sozialdemokraten und Kommunisten angehörig, veranstaltete gestern abend in der Volkshalle des Neuen Rathauses eine Einspruchsversammlung gegen das Verbot der Einreise der russischen Jungarbeiterabordnung.

In der Versammlung, die von ungefähr dreitausend Personen besucht war, sprachen sich die Redner aller Parteirichtungen gegen die unerhörte und unsinnige Willkür der Regierung aus, die nicht gebuldet werden dürfe. Redner Müller vom Bund der Freidenker brachte auszugeweiht den gestrigen Leitartikel des „Abend“ zur Verlesung, der dem furchtbaren Schicksal des arbeitslosen Selbstmörders gewidmet war. Statt diesen furchtbaren Zuständen, an denen sie schuld ist, abzuhelfen, greift die Regierung zu solchen läppischen Mitteln, wie zu dem Einreiseverbot für die Jungarbeiterdelegation.

Der Vorsitzende sprach dann dem „Abend“ den Dank dafür aus, daß er den schärfsten Kampf gegen diese Mächenschaften der Regierung aufgenommen habe. Die arbeitende Jugend ist davon überzeugt, daß der „Abend“ in diesem Kampf auch weiterhin nicht nachgeben werde. Schließlich wurde noch eine Abordnung gewählt, die im Bundeskanzleramt wegen Aufhebung des Verbotes vorzusprechen wird, und dann mit allen Stimmen der Versammlungsteilnehmer eine Entschliebung angenommen, die in schärfster Weise gegen das Vorgehen der Regierung Einspruch erhebt.

Die Zahl der Wachleute, die im Rathauspark, beim Burgtheater und an verschiedenen anderen Orten, teils verstreut, teils offen, zu Fuß und hoch zu Ross, aufgestellt waren, war außerordentlich groß.

Nach Schluß der Versammlung gab es vor dem Rathaus einen „Feldherrnhügel“, Befehle, Kommandorufe und da schon gar kein Anlaß zum Einschreiten war, aber um jeden Preis „geamtshandelt“ werden mußte, wurde der Zugang durch die Reichsratsstraße zur Uebersträßstraße abgesperrt. Man mußte durch die Ebendorferstraße gehen. So ist halt doch etwas geschehen.

Hausfrauen, lauft auf den Märkten ein!

Hausfrauen, glaubt nicht, es komme auf ein paar Groschen Ersparnis im Haushalt nicht an! Rechnet euch aus, wieviel es ausmacht, wenn ihr täglich nur 50 Groschen durch Einkauf bei billigeren Quellen erübrigt! Es sind doch immerhin fünfzehn Schilling, um die ihr für den Mann, das Kind, für eu lechztst oder für Wohnung und Küche irgend einen notwendigen Gegenstand anschaffen könnt! Geht nicht ins erste Beste Geschäft, nur weil es euch „bequem“ liegt oder weil euch der Verkäufer mit „Gnädige“ anspricht! Sucht den Kaufmann, der euch gut und preiswert bedient, und geht so oft ihr könnt auf den Markt!

Gegenwärtig erspart ihr bei Gemüse und Obst bis zu 50 v. H. Die Kirschchen bezahlt ihr auf dem Markte mit 0,70 bis 1 Schilling das Kilogramm, Ribisel mit 1 Schilling, Annanaserdbeeren mit 1,40 bis 1,60 Schilling, Walderdbeeren mit 2,80 Schilling. In den Geschäften — nicht in allen, denn es gibt natürlich auch in den Bezirken anständige Kaufleute, weiße Raben, — etwa 1,20 bis 2 Schilling für Kirschchen, 1,20 bis 1,60 für Ribisel, 2,80 bis 3,20 Schilling für Annanaserdbeeren und 4 Schilling für Walderdbeeren.

Das gleiche gilt für Gemüse. Ihr bekommt Karfiol, schöne Rosen, um 20 Groschen, Spargelbohnen um 60 Groschen, Salat um 5 Groschen das Häuptel!

Wir wollen nicht alle Preise aufzählen! Ueberzeugt euch selbst und laßt euch die Mühe nicht verdienen — wenn ihr nur irgendwie die Zeit für den Besuch des Marktes aufbringen könnt!

Anfall auf einem ungarischen Sportplatz.

Budapest. (Fernsprechdienst des „Abend“.)

Gestern abend ereignete sich auf dem heiligen Sportplatz Szegater, ein Sportplatz, wo insbesondere Mitglieder aristokratischer und rechtsstehender Vereine spielen, ein furchtbarer Unglücksfall. Gegen sieben Uhr abend übte der Sportsman Franz Nizfalovszky im Speerwurf. Auf der benachbarten Abteilung des Sportplatzes wurde Tennis gespielt. Einer der Tennisbälle fiel auf den laß, auf dem der Speerwurf geübt wurde. Ein zwölfjähriger Schüler, namens Labislav Pauker, der sich dadurch einen Verdienst schaffen wollte, daß er die Tennisbälle aufsaß, lief nach dem Ball. In diesem Augenblick machte Nizfalovszky einen Wurf mit dem Speer, der fünfzig Meter weit durch die Luft fauste. Der Speer traf das Kind, durchbohrte ihm das Herz und der unglückliche Junge starb binnen wenigen Minuten.

Die amtliche Wettervorhersage. Wahrscheinlich noch vorwiegend trüb regnerisch und kühl.

Nachrichten von heute früh

Benesch bleibt. Der Präsident der Republik hat die Krise dadurch gelöst, da er erklärt hat, jede Auseinandersetzung über den Rücktritt des Ministers sei ausgeschlossen. Benesch erklärte, er anerkenne den Wunsch des Präsidenten angesichts der schwierigen Lage der Partei — sie ist gespalten in die Gruppen Klotz und Ströben — aber er stelle der Partei seine Abgeordnetenstelle zur Verfügung. Die Partei sprach Benesch darauf das Vertrauen aus.

Ueber das Fürstenabfindungsgesetz wird noch immer verhandelt, und man palet, um eine Form zu finden. Die Sozialdemokraten haben einen kleinen Erfolg zu verzeichnen. Der Ausschuss hat zum Regierungsentwurf den Antrag angenommen, daß die Zöllnisten und die sonstigen Einkünfte, die die Fürsten bezogen haben, um „standesgemäß repräsentieren“ zu können, entschädigungslos fortfallen sollen.

Wien.

In einem neuen Streit zwischen der Regierung und den Angestellten ist es gekommen, weil Herr Reich einen wichtigen Beschluß des Hauptvorstandes der Bundesangestellten-Krankenkasse aufgehoben hat. Der Vorstand hat seinerzeit eine Erhöhung der Arztgebühren und die Einhebung einer Rezeptgebühr beschlossen, weil die Krankenkasse vor dem Zusammenbruch stand. Diese neuen Gebühren sollten die Kasse retten. Am 1. Juni hat der Vorstand der Kasse festgestellt, daß sie nun in Ordnung gebracht ist. Infolgedessen beschloß der Vorstand die Erhebung dieser beiden Gebühren. Diesen Beschluß hat Herr Reich aufgehoben. Die Bundesbeamten stehen auf dem Standpunkt, daß sie sich ihre Kassen allein verwalten und daß ihnen der Minister nichts dreinsprechen habe, und die Vertreter der verschiedenen Gewerkschaften haben das gestern klar gesagt. Heute wird eine Abordnung zum Bundeskanzler gehen.

Eine neue Einführung haben die Bundesbahnen getroffen, die allerdings für Proletarier nicht in Betracht kommen dürfte. Für 200 Schilling kann man fünfzehn Tage lang auf allen österreichischen Strecken so lange fahren als man will. Noch dazu erster Klasse. Eine andere Verfügung ist vollständiger. Gesellschaften von mindestens zwanzig Personen erhalten eine Fahrpreisermäßigung von 25 v. H., wenn sie sich vorher anmelden.

Eine Affenschande ist es, in der heutigen „N. Fr. Pr.“ an leitender Stelle jenen Ausspruch des englischen „Arbeiterführers“ Snowden zu finden, mit dem sich der „Abend“ schon vorgestern beschäftigt hat und in dem Snowden das Geheimnis entlockt hat, daß der Amerikanismus die Wirtschaft retten könne. Von einem Arbeiterführer hätte man erwartet, er werde den Sozialismus empfehlen. Statt dessen empfiehlt er jene Arbeitsweisen, die in Amerika dem Arbeiter noch mehr zum Maschinenteil erniedrigt haben, als er es bei uns bereits ist. Die arbeitsparenden Erzeugungsarten sind nur im Rahmen eines sozialistischen Staates denkbar; dort werden sie zum Wohle des Arbeiters gereicht. In einem kapitalistischen Staate stellen sie lediglich eine Verfeinerung und Verbesserung der Ausbeutung auf Kosten des Arbeiters zugunsten des Unternehmers dar. Das müßte eigentlich ein Arbeiterführer wie Snowden wissen, er müßte aber auch wissen, daß ein Arbeiterführer nichts in der „N. Fr. Pr.“ zu suchen hat.

Tot aufgefunden wurde Karl Schopf, der dritte von den auf dem Scheiblingstein verunglückten Bergsteigern.

Die **Turf-Karolin** hat, wie der „Abend“ seinerzeit berichtet hat, gegen die Verlegerin Paula Raich einen Ehrenbeleidigungsprozeß angestrengt, weil in einem von dieser verlegten Buche „Die Prostitution in Wien“ das Bild der Turf-Karolin als das einer „bekannten Demimonde“ enthalten war. In der getriggen Verhandlung kam es zu einem Ausgleich. Die Turf-Karolin erhielt vollständige Genugtuung und 200 Schilling und bekommt noch 600 in der nächsten Zeit.

Verschiedenes.

Das **Hochwasser hat Schäden angerichtet,** wie schon seit Jahrzehnten nicht. Der Inn steigt, auch die deutschen Flüsse sind über die Ufer getreten, der Rhein hat bei Mannheim Uferanlagen überschwemmt, auch von der Elbe, von der Weser und Oder werden große Überschwemmungen gemeldet.

Abgebrochen wurde das Reinhardt-Gastspiel in Budapest. Die Wiener Schauspieler stellten dort „Die Gefangene“ von Bourdet dar, ein Stück, welches die Abhängigkeit einer verheirateten Frau von einer Freundin behandelt, da sie geschlechtlich hörig ist. Dieses Stück wurde von jener Gräfin Zichy und

der Frau Cäcilie Tormay besucht, die in Budapest ein stadtbekanntes Liebespaar sind und deren Gerichtsverhandlung erst vor kurzem das Stadtgespräch gebildet hat, weil Graf Zichy aus denselben Gründen, die das Stück behandelt, die Scheidungsklage gegen seine Frau eingereicht hatte. Eine Verleumdungsklage, die die Frau gegen ihren Mann eingereicht hatte, führte zu dessen schwerer Verurteilung. Diese beiden Frauen haben es nun durchgesetzt, daß die Polizei weitere Aufführungen des Stückes verbietet, und obwohl in der Nationalversammlung ein Abgeordneter dieses Verbot als eine Kulturshande bezeichnete, hat es der Innenminister bestätigt.

Geflüchtet sind Thomas Vollenhals und sein Sohn, die vom Grazer Landesgericht zu schweren Kerkerstrafen verurteilt worden sind — der Vater zu drei, der Sohn zu einundhalb Jahren —, weil sie sich in der ihnen gehörigen Bank die größten Gaunereien haben zu schulden kommen lassen. So große, daß sogar ein österreichisches Gericht sie zu Kerkerstrafen verurteilte. Thomas Vollenhals ist nun der Gründer der rechtsökologischen Partei in Österreich, ein enger Freund des verstorbenen Lueger. Gestern hätten die zwei ihre Strafe antreten sollen, sie sind aber, ohne daß sie jemand gehindert hätte, im Kraftwagen davongefahren und nicht mehr zurückgekehrt. (Ein Prozeß wäre natürlich längst geessen.) Jetzt hat das Sicherheitsbureau hinter ihnen Streichezassen.

Ein fürchterliches Ende hat eine hakenkreuzlerische **Lausbiberei** genommen. In Heppenheim bei Frankfurt wollte der Arbeitergesangsverein im Hof der dortigen Realschule eine Fahnenweihe begehen. Der Professor der Schule, Raumann, hat nun zusammen mit einem Schüler den Hof mit Butterfäse übergoßen, eine Flüssigkeit, die fürchterlich stinkt, um den Arbeitern den Aufenthalt unmöglich zu machen. Die Arbeiter wollten, als sie davon erfuhr, dem Professor die Prügel verabschieden, die er verdient hat. Er entfloh und hat jetzt Selbstmord verübt. In der Realschule hat er sich eine Kugel durch die Schläfen geschossen.

Wiederum zwei Kinder ermordet. In Duisburg fand man die Leiche eines sechsjährigen Mädchens, die von Stichen durchbohrt war, im Wald und nicht weit davon die eines achtjährigen Knaben, der ebenfalls erstochen worden war. Es besteht der Verdacht, daß die Tat von einer jungen Frau begangen worden war, die man in der Nähe des Tatorres beobachtet hat, als sie sich bei einem Bach die Hände wusch. — Die Untersuchung in der Mordangelegenheit von Neufakisch, wo, wie der „Abend“ gemeldet hat, ein Lokomotivführer seine Kinder grauenvoll zugerichtet vorfand, scheint eine ungewöhnliche Aufklärung zu finden. Es scheint, daß der Knabe in einem Anfall von Mutrausch die Ziegen geschlachtet hat, und seine Schwester, die ihn dabei überredete, durch Stiche in den Hals tötete. Nach der grauenvollen Tat hat er mit einem Gewehr seines Vaters Selbstmord verübt, denn man fand unterhalb seines linken Auges eine Einschußöffnung, und der Schußkanal führte nach oben.

Rauschgift in Grabsteinen entdeckte die Hamburger Polizei. Eine Budapester Expeditionsunternehmung hat an eine gleiche in Hamburg Grabsteine geschickt, mit dem Auftrag, sie nach Schanghai zu verschiften. Die Polizei entdeckte durch Abklopfen in den Grabsteinen Höhlungen, in denen sich Blechfistchen befanden, die mit Heroin, einem Rauschgift, gefüllt waren. Als Auftraggeber der Sendung wurde ein Dr. Courmel in Budapest verhaftet.

Wirtschaft und Börse.

Die **Alpine Montangesellschaft** veröffentlicht heute ihre Goldbilanz, die ein Eigenvermögen von 102 Millionen Schilling ausweist; davon entfallen 60 auf das Aktienkapital, 42 auf die Kapitalrücklage. Für die alte Aktie zum Nennwert von 200 Kronen bekommt man eine neue zu 20 Schilling. Der Reingewinn weist „nach entsprechenden“ — offenbar den Interessen der Aktionäre und nicht dem der Steuerbehörde entsprechenden — Abzürückungen einen Reingewinn von 100.000 Schilling aus. Dividende wird nicht bezahlt. Der Abschluß ist bezeichnend für das Treiben der Leute von der Alpen. Während sie auf der einen Seite erdrückende Forderungen stellen, daß sie angeblich sonst nicht bestehen könnten, müssen sie zugeben, daß der Abschluß im Jahre 1925 nicht unwesentlich gestiegen ist. Der Umsatz betrug 87,5 gegen 74,2 Millionen Schilling im Vorjahre und 62 im Jahre 1923. Nach die Summe der Rechnungen vom Jänner bis Mai d. J. übertrifft die des gleichen Zeitraumes im Vorjahre um 2,9 Millionen Schilling. Angesichts dessen hat man die Unverschämtheit, Forderungen zu stellen, die das ganze Volk auf das schwerste belasten. Wir werden selbstverständlich auf dieses Muster einer betrügerischen Bilanz noch eingehend zurückkommen. Die Wucherschaften zwischen einer Ausbeutergruppe und der Regierung können vielleicht nicht mehr verhindert werden, aber sicherlich ist es notwendig, daß die Welt davon erfährt.

Sonntagsausflüge.

Halbtagsausflug, Gehzeit 3 bis 4 Stunden.

Mödling—Susarentempel.

Nach Mödling entweder mit der Südbahn oder mit der Straßenbahn Linie 60 bis Mauer und weiter mit der Linie 360. Anstieg über den Anningerweg (Goldene Stiege) Breite Föhre) auf bequemer Fahrtrasse bis zu einem Punkt zwischen Breiter Föhre und Krauter Lind; gleichfalls Fahrweg, am Matteredl (hübsche Felsgruppe, Kletterhülle) vorbei zum Susarentempel (Kleiner Anninger, 494 Meter) in 1 1/2—2 St. Abstieg auf Waldwegen ins Riental bis zur Höldrichsmühle 1/4—1 St. Eine weitere Viertelstunde bis zur elektrischen Bahn Hinterbrühl—Mödling. Zu Fuß bis Mödling 1 St. Rückfahrt wie Hinfahrt.

Tagesausflug (mit Nächtigung) Gehzeit 11 Stunden

Schneeberg. Aufstieg durch das Weichtal, Abstieg Fadenwände.

Mit der Südbahn nach Payerbach, Ab Wien am Vortag 15.22, an Payerbach 17.10 (oder ab 17.25, an 19.20). Straßenwanderung (teilweise Promenadenwege) über Reichenau und Hirschwang durch das Hölleental bis zum Weichtal, Nächtigung im Naturfreundehaus oder im Touristenheim Weichtal des Dr. L. K. Tags darauf Aufstieg durch das Weichtal, einen waldigen, häufig von wilden Felsklammen unterbrochenen Graben (verdicke Steiganlage, nur für Geübte) in 2—2 1/2 St. zur Rientalerhütte. (In der gleichen Zeit, mit Vermeldung des Felsensteiges über den Ferdinand-Mayer-Weg und Krentenlogel zur Rientalerhütte (1330 Meter). Aufstieg (blaue Zeichen) ganz ohne Schwierigkeiten auf den höchsten Schneeberggipfel, das Klosterwappen; in weiteren 2 1/2 St. Rammwanderung zum Kaiserstein mit Fischerhütte (2061 Meter) 1 1/2 St. Abstieg (gelb) über den Fadensteig (für Geübte, etwas mühsam) in 1 1/2 St. zu den Resten der abgetramten Spardacherhütte (1275 Meter). Fortsetzung des Weges über die Ruine Losenheim, dann Fahrweg über Sonnleiten nach Puchberg (1 1/2 St.). Rückfahrt von Puchberg mit Schnellzug ab 18.15, an Wien 20.59 oder mit Personenzug ab 19.25, an 22.17. Touristenfahrkarte Wien—Payerbach—Puchberg—Wien S. 6.90.

Herausgeber: Carl Colbert. — Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Siegfried Klausner, Wien, 9. Bez., Universitätsstraße 6—8. Eigentum und Verlag: Arbeitsgemeinschaft der Schriftleiter, Verwaltungsbeamten und Hilfskräfte des „Abend“, Verlag Wiener Zeitungen, Ges. m. b. H. — Sämtlich in Wien. Druckerei- und Verlags-Gesellschaft Ignaz Steinmann, Wien, 9. Bez., Universitätsstraße 6—8.

Panzerkreuzer Potemkin

Ab heute bis 1. Juli:

Burg-Kino, I.
Elite-Kino (Kleine Bühne), I.
Kärntner-Kino, I.
Rotenturm-Kino, I.
Tuchlauben-Lichtspiele, I.

Central-Kino, II.
Busch-Kino, II.
Eos-Lichtspiele, III.
Löwen-Kino, III.

Haydn-Kino, VI.
Lichtspiele Wienzeile, VI.
Maria-Theresien-Kino, VII.
Heimat-Kino, IX.
Colosseum-Kino, IX.

Monopol: Philipp & Co., Wien, VII.

Heute erschienen:

„Der Götz von Berlichingen“

mit dem

Siebzig-Millionen-Kreuzworträtsel

Erläuternde Bemerkungen zu unserer Kreuzworträtselserie im

„Morgen“

vom 21. Juni 1926



Alois Wlcek.

feierte dieser Tage sein 30jähriges Dienstjubiläum als Majormist der Wiener Burghauptmannschaft.
Aufnahme **Abend.**



Alt-Wiener Bilder 6.

Rotenturmstoss und Rastel. Benannt wurde dieses Tor nach dem „roten Turm“, der schon im zweiten Jahrzehnt des 13. Jahrhunderts erwähnt wird. Als das Tor, das direkt zur Schlagbrücke und somit zur Leopoldstadt führte, spielte es schon früh eine große Rolle, es blieb auch das größte Tor in dem an der Donau gelegenen Teil der Stadtbefestigungen. Auf seiner Bastion hatte schon 1814 der Kaffeesieder Ambros Augustini eine Kaffeehütte, die später verlegt werden mußte. Am 23. August 1819 wurde das Häuschen auf Walzen auf die Biberbastei verschoben, was ein Schauspiel abgab, dem eine große Menge mit dem Kaiser Franz an der Spitze beiwohnte.
(Aus den städtischen Sammlungen.)

Enthüllung eines Karl Hagenbed-Denkmals in Hamburg-Stellingen.

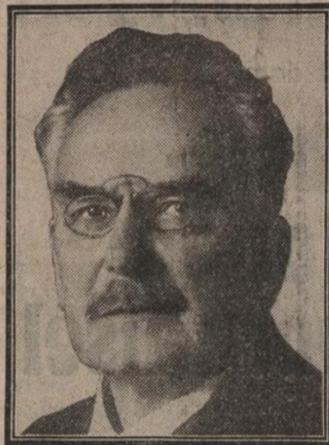


Eine nützliche Beschäftigung für junge Damen!

Das Leben ist heutzutage schwer, mit dem weiblichen Liebreiz allein ist nichts zu machen; vielleicht geht's mit dem Bogen?



Könige haben allerlei wichtige Regierungsgeschäfte. Hier sehen wir den erlauchten Alfons XIII., in dessen Reich die Sonne nie aufgeht, wie er auf der internationalen Viehausstellung in Madrid einem Esel die Nase kraufl. So ein dummer Esel kommt natürlich nicht auf die Idee, Gleiches dem Gleichem zu erwidern.



Dozent Dr. Hans Wollsch,
der neue Rektor der Wiener Universität.
(Photo Sarkany.)



Wiener Künstlerinnen 78.
Frl. Marietta Sandauer.
Modernes Theater. **Aufn. Abend**



Ein neuer Sport.
Das **Rhönrad** wird im Berliner Stadion vorgeführt.



Ein eigenartiger Wohnbau in Berlin-Britz. Er umfaßt einige hundert Wohnungen.

RECHTSANWALTSKANZLEI

Dr. OSKAR SAMEK

WIEN, I. SCHOTTENRING 12. 11

118

Trans
ca
Stunde

44/2111

yp
Walter B. Miller

Vom.



44

W. B. Miller

